SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Ohne eine kompromissbereite Mitte entmachtet sich der Kongress

Ruß-Sattar, Sabine

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Ruß-Sattar, S. (2018). *Ohne eine kompromissbereite Mitte entmachtet sich der Kongress.* (DGAP kompakt, 22). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-60245-9

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

DGAPkompakt

Nr. 22 / Oktober 2018

US-Demokratie ohne „checks and balances“?
Ohne eine kompromissbereite Mitte entmachtet sich der Kongress

Sabine Ruß-Sattar

Bei den US-Zwischenwahlen am 6. November geht es nicht nur darum, ob die Demokraten eine oder gar beide Parlamentskammern zurückerobern können. Damit der Kongress in Zukunft den Präsidenten wieder wirksam kontrollieren kann, müssen die Abgeordneten bereit sein, gegebenenfalls jenseits der binären Machtlogik der Parteien zu handeln. In der hoch polarisierten politischen Konjunktur haben es moderate Kandidaten aber schwer. Damit schwindet die Hoffnung auf mehr Stabilität in der Innen- oder Außenpolitik der USA.

Die amerikanische Demokratie gründet auf dem Austarieren der Macht zwischen dem Präsidenten und dem Kongress. Dieses von der Verfassung gewollte Spannungsverhältnis funktioniert allerdings nur dann, wenn die Mitglieder des Kongresses imstande sind, in kritischen Fragen auch einmal über Parteilinien hinweg zusammenzuarbeiten. Angesichts der völlig verhärteten Linien zwischen Demokraten und Republikanern in beiden Häusern ist das derzeit unmöglich. Deswegen wäre es dringend nötig, dass nach den Zwischenwahlen im November gemäßigte Politiker und Politikerinnen in das Repräsentantenhaus und vor allem in den Senat einziehen. Nur dann kann der Kongress den Volten von US-Präsident Donald Trump in der internationalen Politik etwas entgegensetzen.

Die Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft und Politik erschwert die Rückkehr in die politische Mitte. Auch das Mehrheitswahlsystem und das System der Vorwahlen erweist sich alles andere als hilfreich. Mobilisieren lassen sich Parteibasis und Wählerschaft am leichtesten mit radikalen Forderungen und offensiver Kritik. Einen neuen Akzent setzt immerhin das Kandidatenfeld der Demokraten, das 2018 diverser und weiblicher geworden ist.

Die Zwischenwahlen als Trump-Plebiszit

Wenige Wochen vor den Zwischenwahlen mehren sich die Anzeichen für eine Kräfteverschiebung zugunsten der Partei der Demokraten im Kongress. Zur Wahl stehen alle 435 Sitze des Repräsentantenhauses und ein Drittel des Senats. Zugleich finden in einem Teil der Gliedstaaten Gouverneurswahlen und Wahlen auf der Ebene der Counties und Kommunen statt.

Traditionell dominieren bei den Zwischenwahlen die lokale Perspektive und die zur Wahl stehenden Persönlichkeiten. Trotzdem bieten die Midterm Elections seit jeher auch eine Gelegenheit, die Politik des Präsidenten nach der ersten Hälfte seiner Amtszeit zu bewerten. Angesichts der heftigen Kontroversen um US-Präsident Trump und seiner Politik spielt diese nationale Ebene beim Wahlgang 2018 eine besonders wichtige Rolle.

Eine Umfrage des Pew Research Center vom Juni 2018 zeigt, dass 68 Prozent der Befragten es für ihre Wahlentscheidung wichtig finden, welche Partei am Ende im Kongress die Mehrheit hat; das ist ein Rekord. 60 Prozent nannten zudem ihre Meinung zum Präsidenten zentral für ihre Wahlentscheidung.[1]

DGAP
Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik

Die Anhängerschaft der Demokraten ist hoch mobilisiert. 2016 hatte die demokratische Kandidatin Hillary Clinton einen Vorsprung von drei Millionen Stimmen. Dass Trump trotzdem siegte, hat ein tiefes Trauma hinterlassen. Diese demokratischen Wähler sehen jetzt die Chance auf ein Anti-Trump-Plebiszit. Dies zeigt sich an der Rekordhöhe der eingegangenen Kleinspenden[2] und an der starken Beteiligung bei den Vorwahlen. Gelingt es den Demokraten, die Mehrheit in einer oder sogar beiden Kammern des derzeit von der Republikanischen Partei dominierten Kongresses zurückzuerobern, können sie den Präsidenten nicht nur stärker kontrollieren, sondern auch umstrittene Vorhaben wie die Mauer an der Grenze zu Mexiko stoppen.

Angesichts des nahezu ausgeglichenen Kräfteverhältnisses zwischen den beiden großen Parteien ist die Mobilisierung der eigenen Wählerschaft wahlentscheidend. Das hat sich bereits bei den Präsidentschaftswahlen 2016 gezeigt: Am Ende waren es nur wenige 10.000 Stimmen in den traditionellen Hochburgen der Demokraten Wisconsin, Pennsylvania und Michigan, die Clinton zum Sieg fehlten. Teile der Arbeiterschaft blieben zuhause, weil sie nicht für die als elitär kritisierte Kandidatin stimmen wollten.

Dieses Mal könnten dank der starken Anti-Trump-Mobilisierung mehr demokratische Wähler an die Urnen gehen – 48 Prozent bezeichnen sich als „starke Trump-Gegner“, im Vergleich zu nur 27 Prozent „starken Trump-Unterstützern“ auf der republikanischen Seite. Zudem ist das Interesse an den Wahlen bei den Demokraten um 16 Prozentpunkte höher als bei den Republikanern.[3]

Die Demokraten hoffen darauf, dass die Zollpolitik des Präsidenten, die Schaden für den Export landwirtschaftlicher Produkte wie Soja und Fleisch befürchten lässt, Wähler in den ländlichen Republikaner-Hochburgen des Jahres 2016 von dieser Wahl fernbleiben lässt. Auch statistisch kann sich die Demokratische Partei Chancen ausrechnen: Bislang hat die Partei, die den Präsidenten stellt, immer dann bei den Zwischenwahlen Sitze verloren, wenn dessen Zustimmungsraten zur Halbzeit unter 40 Prozent lagen. In der Woche vom 10. bis 16. September ermittelte die Umfrageforschung von Gallup für Trump eine Zustimmungsrate von 38 Prozent und Ablehnungsrate von 56 Prozent.[4]

Doch der Erfolg ist den Demokraten alles andere als sicher. Immerhin ist die wirtschaftliche Lage gut, und die Arbeitslosenzahlen sinken. So verwundert es nicht, dass auch Präsident Trump Interesse daran hat, die Halbzeitwahlen zum Plebiszit über seine Politik zu machen. In den Augen seiner Wähler hat Trump alle Wahlversprechen gehalten. Die Skandale in seinem Umfeld werden von Trump-freundlichen Medien wie Fox News als „side show“ abgetan.

Bei der Berechnung der Erfolgschancen für dieWahlen darf zudem nicht vergessen werden, dass die vorliegenden repräsentativen Umfragen landesweite Meinungstrends erfassen, die Wahlen aber von den Kandidaten in sehr unterschiedlich aufgestellten Wahlkreisen nach dem Mehrheitswahlrecht gewonnen werden müssen. In vielen der von Republikanern regierten Einzelstaaten haben die Gouverneure außerdem von ihrem Recht Gebrauch gemacht, die Grenzen der Wahlkreise neu zu ziehen, und zwar zu Gunsten ihrer eigenen Partei („Gerrymandering“).

Der Graben zwischen den politischen Lagern ist so tief wie nie, und dennoch lässt sich die politische Landschaft nicht auf die Formel „Für oder wider Trump“ reduzieren. Schenkt man den Zuspitzungen im Wahlkampf Glauben, kommt laut demokratischer Lesart ein Votum für einen republikanischen Kandidaten einem Votum für Trump gleich und bedeutet das Ende von „Obamacare“. Umgekehrt ist nach Trumps bzw. republikanischer Lesart jedes Votum für einen demokratischen Kandidaten ein Votum für offene Grenzen. Tatsächlich ist die politische Gemengelage komplizierter. Innerhalb der Demokratischen ebenso wie der Republikanischen Partei herrscht Uneinigkeit in Bezug auf inhaltliche und strategische Positionen.

Strategischer Dissens bei der Opposition

Die Demokraten sind zwischen radikaler Opposition und moderatem Establishment tief gespalten. Spitzenpolitiker wie Nancy Pelosi, Dianne Feinstein, Chuck Schumer, John Kerry und Joe Biden wollen Obamacare bewahren, aber auch an niedrigen Steuern als Mittel zur Ankurbelung der Wirtschaft festhalten. So wollen sie klassische Republikaner-Wähler gewinnen, die von der Politik und dem Amtsstil Trumps verschreckt sind. In diesem Kontext ist auch der Auftritt Barack Obamas in Orange County in Kalifornien am 8. September zu sehen. Obama unterstützte dort einen ehemaligen Republikaner, der nun auf dem Ticket der Demokraten antritt, um Freihandel – einen ehemals zentralen Bestandteil der republikanischen Programmatik – gegen Trumps Protektionismus zu verteidigen. Die Parteiführung der Demokraten will einen polarisierenden Wahlkampf nach dem Motto „Trump muss weg“ vermeiden, weil dies die Trump-Befürworter an die Wahlurnen treiben könnte. Auch wollen sich die Demokraten nicht darauf festlegen, ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten anzustreben.

Im Gegensatz dazu stehen die Kandidaten, die sich im politischen Vokabular der USA als „progressiv“ bezeich-

nen und gegenüber Trump auf Konfrontation setzen. Sie vertreten einen linksliberalen und nach europäischem Verständnis teilweise sogar linken Kurs im Sinne des Beinahe-Präsidentschaftskandidaten Bernie Sanders. Das 2016 geschaffene Unterstützernetzwerk dieses demokratischen Sozialisten zeigt sich nachhaltig aktiv und hat nun eine bunte Riege neuer Kandidaten ins Rennen der Vorwahlen geschickt, unter ihnen viele Frauen.[5] Wie im programmatischen Buch „Our Revolution“ von Sanders dargelegt, geht es um die Bekämpfung der wachsenden sozialen Ungleichheit durch eine umfassende Steuerreform, die Einführung einer allgemeinen öffentlichen Krankenversicherung nach skandinavischem Vorbild, um kostenlose Bildung und um Klimaschutzpolitik.

Vertreter dieser sogenannten progressiven Strömung sehen die Republikaner und insbesondere Trump als Gefahr für Frauen- und Minderheitenrechte sowie als Zerstörer der amerikanischen Demokratie. Bei den Anhörungen des konservativen Richters Brett Kavanaugh, den Präsident Trump für das US-Verfassungsgericht nominiert hatte, verschafften sie sich lautstark Gehör. Sie kritisierten nicht zuletzt die Führung der Demokratischen Partei im Senat, weil diese die Anhörungen nicht boykottieren wollte.

Einigen linksliberalen Kandidatinnen gelangen bei den Vorwahlen Überraschungssiege gegen etablierte Politiker. So setzten sich in New York die Latina Alexandria Ocasio-Cortez und in Boston die afroamerikanische Kandidatin Ayanna Pressley gegen altgediente Kongressmitglieder durch. Gerade in Boston waren es jedoch weniger die inhaltlichen Unterschiede, die für diesen Erfolg entscheidend waren. Die demokratische Basis schätzte Pressley als weibliche Vertreterin der wachsenden nicht-weißen Minderheiten als vertrauenswürdiger ein als den langjährigen Amtsinhaber.

Tatsächlich erneuert sich die Demokratische Partei derzeit personell. Das zeigt auch die erfolgreiche Nominierung von afro-amerikanischen und hispanischen Kandidaten für die Gouverneursposten in Florida, Georgia, Maryland und Arizona. Hier vollzieht die Demokratische Partei einen für ihren zukünftigen Erfolg wesentlichen Generationswechsel. Die soziodemografische Entwicklung arbeitet für die Demokraten, denn sie verfügen über einen deutlichen Sympathievorsprung bei jungen Menschen, Frauen und nichtweißen Minderheiten (wobei letztere allerdings unterdurchschnittlich auf den Wählerlisten registriert sind).[6] Die soziale Machtbasis, über die der Seiteneinsteiger Trump mit den von ihm gekaperten Republikanern verfügt, schrumpft dagegen. Für die Zukunft zeichnen Demografen das Bild eines ethnisch hyperdiversen Amerikas.[7]

Besonders die jüngeren Wählergruppen reiben sich an der aggressiv restriktiven Einwanderungspolitik Trumps.[8] Wie weit die Demokraten aber insgesamt nach links rücken, lässt sich noch nicht eindeutig beantworten. Bei den demokratischen Vorwahlen in Delaware und Virginia konnten sich die Mandatsinhaber gegen weiter linksstehende Herausforderer behaupten. Insgesamt zählt eine Brookings-Studie bei den erfolgreichen Vorwahl-Kandidaten 101 „Progressive“ und 139 Establishment-Kandidaten (ohne Berücksichtigung von wieder kandidierenden Amtsinhabern).[9]

Gleichwohl zeigt eine weitere Brookings-Analyse, dass linksliberale Forderungen bei den demokratischen Politikern inzwischen insgesamt auf mehr Resonanz stoßen. Dazu gehören beispielsweise der Vorschlag für eine umfassende öffentliche Krankenversicherung „Medicare for all“[10] und die Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Dollar pro Stunde. Allerdings ist fraglich, ob dies auch für weiterreichende Forderungen der Parteilinken gilt. Jenseits der Ostküste dürfte weder eine umfassende Steuerreform mit einer höheren Belastung für Unternehmen und Reiche noch die von Ocasio-Cortez geforderte Abschaffung der Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) bei der Mittelschicht Anklang finden.[11]

Die Republikaner als Vehikel für Trumps Agenda

Das innerparteiliche Kräfteverhältnis bei den Republikanern ist kompliziert, und das gilt auch für ihr Verhältnis zu Trump. Bislang erträgt die Partei den Präsidenten. Sie scheint auch als Vehikel seiner Politik zu funktionieren. Der Militärhistoriker Max Boot spricht gar von einem Stockholm-Syndrom der Republikanischen Partei, also davon, dass die „Geisel“ G.O.P. („Große Alte Partei“, die Republikaner) ihren „Geiselnehmer“ liebt.[12] Tatsächlich mutierten nach dem Amtsantritt Trumps zahlreiche seiner innerparteilichen Gegner zu loyalen Unterstützern. Andere Gegner ist der Präsident inzwischen losgeworden: Klassische sozialkonservative Republikaner wie Paul Ryan oder Jeff Flake[13] stellen sich nicht mehr zur Wahl; der konsequent widerborstige John McCain – unter anderem ein Verteidiger von Obamacare – ist jüngst verstorben.[14]

Werden republikanische Politiker nach ihrer ideologischen Einstellung befragt, wählen sie laut Umfragen meist die Etikette „konservativ“ oder „unternehmens- und wirtschaftsorientiert“. Einige wenige greifen auf „Tea-Party“ zurück. Unter dieser Bezeichnung sammelte sich vor einem Jahrzehnt eine aus libertären und sozialkonservativen Elementen bestehende Bewegung. Sie entstand aus Protest gegen „Big Government“ in Washington:

zunächst die Kriseninterventionspolitik des damaligen Präsidenten George W. Bush nach der Finanzkrise 2008 und dann Obamas Gesundheitsreform. Tatsächlich gelang es der Tea Party, die alte republikanische Partei und den amerikanischen Konservatismus regelrecht umzukrempeln[15] und dadurch Raum für den Außenseiter Trump zu schaffen.

Viele von denen, die sich 2018 als „konservativ“ bezeichnen, sind dies in einem von der Tea Party geprägten Sinne. Trump selbst war nie ein Tea-Party-Unterstützer. Seine wirtschafts- und handelspolitischen Ansätze stehen in offenem Gegensatz zu den libertären Teilen des in der Tea Party anzutreffenden Ideen-Sammelsuriums. Gleichwohl sind die Tea-Party-Anhänger, die nach wie vor aktiv vernetzt sind und von Stiftungen wie Freedom Works gefördert werden, eine Säule der Trumpschen Macht. Der ideologische Kleber dieser auf den ersten Blick unpassenden Koalition hat zwei Komponenten: Erstens die gemeinsame Anti-Establishment-Attitüde und zweitens illiberale Einstellungen, basierend auf der Angst, der „American way of life“ sei bedroht.

Republikaner aus klassisch-konservativem Holz, wie McCain es war, stehen in Opposition zu Trumps Einwanderungspolitik. Für Kontroversen sorgt auch der in jüngster Zeit wieder in brutaler Schärfe zu Tage tretende Rassenkonflikt sowie Fragen des Geschlechterverhältnisses und der sexuellen Identität und Selbstbestimmung. Mit den letztgenannten Punkten schafft Trump, der selbst nicht sonderlich religiös auftritt, jedoch den Brückenschlag zu evangelikalen und anderen religiös-konservativen Kreisen innerhalb der republikanischen Anhängerschaft, die sich über die Abtreibungsfrage politisch mobilisieren lassen.[16]

In einer politischen Konjunktur, die durch die Überlagerung von Fragen der sozio-ökonomischen Ungleichheit und der Identitätspolitik aufgeheizt ist, haben Republikaner, die sich offen gegen Trump stellen, einen schweren Stand. Zu diesem verminten Themenfeld gehören – wie bereits genannt – Fragen des Geschlechterverhältnisses (#metoo), der gefährlich schwelende Rassenkonflikt[17] („Black Lives Matter“), aber auch die umstrittene Erinnerung an den amerikanischen Bürgerkrieg und letztlich auch der Streit um das Waffenrecht. So verlor der von der lokalen Parteiführung der Republikaner unterstützte Trump-Kritiker Mark Sanford bei den Vorwahlen in South Carolina. Seine Herausforderin Katie Arrington hatte ihre Loyalität zu Präsident Trump ins Zentrum ihres Wahlkampfes gestellt und Donald Trump persönlich sich zu ihren Gunsten per Twitter eingemischt.[18] In Virginia siegte der rechtsradikale Kandidat Corey Stewart, der gegen Einwanderung und für den Stolz der Konföderierten agitiert – und ein bekannter Trump-Getreuer ist. Trump gratulierte auf Twitter.[19]

Der gleiche Kampf zwischen traditionellen Republikanern und Vertretern des rechten Flügels ist in Pennsylvania zu beobachten. Dort unterlag die Trump-Unterstützerin und Tea-Party-Aktivistin Christina Hagan dem von der Parteiführung favorisierten Kandidaten Anthony Gonzalez, erhielt aber immerhin 41 Prozent der Stimmen. Hagan hatte versucht, durch die Weitergabe offensichtlich manipulativer Meldungen über einen „illegalen Migranten und Drogendealer mit Namen Gonzalez“, einen realen Kriminellen, den Namen ihres Gegners in den Schmutz zu ziehen. Die Parteiführung sah sich gezwungen, von Hagan ein Ende dieser Kampagne zu verlangen.

Kritiker sprechen schon vom Ende der „Großen Alten Partei“; sie sei nur noch eine leere Hülle, die von Trump benutzt werde. Eine Brookings-Studie relativiert jedoch die These von der Übernahme durch Trump. Eine Auswertung des Vorwahlkampfs der republikanischen Kandidaten ohne Sitz im Kongress ergab, dass 53 Prozent der Herausforderer Trump überhaupt nicht erwähnten. Nur 37 Prozent sprachen positiv von ihm. Von den letztgenannten war jeder Dritte bei den Vorwahlen erfolgreich.[20] Außerdem verweisen Beobachter darauf, dass die Spitzenpolitiker der republikanischen Kongressmehrheit in informellen Gesprächen – und somit unhörbar für die Öffentlichkeit – ihre eigene Linie Trump gegenüber sehr wohl deutlich machen.[21]

Wie stark ist der Kontrollhebel?

Gerade bei europäischen Beobachtern ist der Eindruck entstanden, dass Präsident Trump in der Außen- und Außenhandelspolitik die alte Garde der republikanischen Partei überfahren hat. Zumindest hat sie es versäumt, ihre Möglichkeiten zur Steuerung insbesondere über den Senat auszuschöpfen. Dafür spricht, dass beispielsweise Bob Corker, der republikanische Vorsitzende des außenpolitischen Senatsausschusses, bei seinen Parteikollegen keine Unterstützung für einen Gesetzentwurf fand, der eine Mitsprache des Senats bei der Verhängung von Zöllen und Handelshemmnissen festgeschrieben hätte.

Es liegt aber nicht nur an der Willfährigkeit republikanischer Senatoren gegenüber Trump, dass die Kontrollhebel in der Außenpolitik nicht mehr greifen. Insgesamt sind die Machtressourcen des Senats im Bereich der Außenpolitik immer schwächer geworden. Die seit den 1990er Jahren intensivierte parteipolitische Polarisierung erschwert parteiübergreifende Initiativen, die veränderte Arbeitsorganisation (mehr Ausschüsse pro Senator, mehr Fluktuation) erschwert den Aufbau

von Expertise, und die Medien prämieren die Innen- und nicht die Außenpolitik.[22]

Trotz alledem kann Trump nicht „durchregieren“: 2017 verhängte der Kongress gegen seine Wünsche Sanktionen gegen Russland. Am 12. September, in Sichtweite der Zwischenwahlen, unterzeichnete der Präsident dann ein Dekret, das Einmischung aus dem Ausland in amerikanische Wahlabläufe sanktioniert (und die Entscheidung über Sanktionen dem Präsidenten überlässt). Dies geschah auf Druck des Kongresses hin. Dieser hatte zuvor ein – deutlich strengeres[23] – Gesetz unter Federführung des Republikaners Marco Rubio (Florida) und des Demokraten Chris Van Hollen (Maryland) vorbereitet („Defending Elections from Threats by Establishing Red Lines Act“).

Bemerkenswert ist, dass es sich hierbei um eine parteiübergreifende Initiative handelt. In der ideologisierten Konjunktur von heute ist das eine politische Rarität. Für den Erhalt des institutionellen Gefüges, auf dem die freiheitliche amerikanische Demokratie basiert, sind solche Initiativen allerdings notwendig. Dafür muss es ausreichend viele gemäßigte Politiker geben. Denn nur solange die Machtfrage zwischen Präsident und Kongress offen ist, bleibt die Souveränität beim Volk.

Fazit: Weichenstellung für die amerikanische Demokratie

In den Medien wird vor allem danach gefragt, ob es den Demokraten gelingen wird, bei den Zwischenwahlen die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses zurückzuerobern. Doch diese Betrachtung greift zu kurz. Von Belang ist nicht nur das an Mandaten abzählbare Kräfteverhältnis. Wer wissen will, welche Perspektiven es für eine berechenbare amerikanische Innen- und Außenpolitik gibt, muss die ideologische Ausrichtung der bei den Wahlen erfolgreichen Politiker mit in Rechnung stellen. Es geht nicht nur darum, wie es die neuen Senatoren und Abgeordneten mit Trump und seinem „America first“-Kurs halten. Mit Blick auf die Verfassung der USA lautet die eigentliche Gretchenfrage: Seid Ihr bereit, im Kongress auch einmal über die Parteigrenzen hinweg zusammenzuarbeiten?

An der Bereitschaft, bestimmte politische Vorhaben auch jenseits der Parteilinien durchzusetzen oder zu verhindern, erkennt man in der politischen Arena der Vereinigten Staaten die Mitte. Die Turbulenzen im Senat um die Ernennung von Brett Kavanaugh, der von Präsident Trump für das Verfassungsgericht nominiert wurde, stimmen pessimistisch. Sie haben in drastischer Weise vor Augen geführt, wie tief sich die amerikanischen Parteien in ihren Lagern verschanzt haben.[24]

Die Aussichten auf eine Kurskorrektur der amerikanischen Politik nach November 2018 sind nur verhalten gut. Auch wenn die Chancen der Demokraten auf die Eroberung der Mehrheit mindestens im Repräsentantenhaus nicht schlecht stehen, sind die Aussichten gering, dass dadurch das Lagerdenken im Kongress überwunden werden kann. Ohne eine verhandlungs- und kompromissbereite Mitte wird der Kongress als Gegenmacht zur Exekutive jedoch funktionell entkernt. Insofern ist es nicht übertrieben, die kommenden Zwischenwahlen als Weichenstellung für die amerikanische Demokratie zu bezeichnen.

Sabine Ruß-Sattar ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Kassel und Associate Fellow im Programm Frankreich/deutsch-französische Beziehungen der DGAP.

Anmerkungen

1 Pew Research Center, Voters More Focused on Control of Congress – and the President – than in Past Midterms, 20. Juni 2018, <http://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/5/2018/06/22114930/06-20-2018-Political-release.pdf> (abgerufen am 14.09.2018).

2 Democratic Congressional Campaign Committee (Press Release), Record breaking: DCCC announces Best May ever with $11.3 M Raised, 19.06.2018, <https://dccc.org/record-breaking-dccc-announces-best-may-ever-11-3m-raised/> (abgerufen am 30.09.2018).

3 NBC/WSJ poll: Trump's support has gotten deeper — but not broader (Umfrage vom 1.bis 4. Juni 2018), in: NBC News, 07.06.2018, <https://www.nbcnews.com/politics/first-read/nbc-wsj-poll-trump-s-support-has-gotten-deeper-not-n880851> (abgerufen am 08.10.2018).

4 Gallup, Presidential Approval Ratings – Donald Trump, <https://news.gallup.com/poll/203198/presidential-approval-ratings-donald-trump.aspx> (abgerufen am 17.09.2018).

5 Susan Cornwell, Letitia Stein, Joseph Tanfumi, Inside the progressive movement roiling the Democratic Party, in: Reuters, 23.8.2018, <https://www.reuters.com/article/us-usa-election-progressives-specialrepo/inside-the-progressive-movement-roiling-the-democratic-party-idUSKCN1L81GI> (abgerufen am 14.09.2018).

6 Elaine Kamarck, Alexander R. Podkul, Nicholas W. Zeppos, Trump owns a shrinking Republican party, in: Brookings Institution Blog fixgov, 14.06.2018, <https://www.brookings.edu/blog/fixgov/2018/06/14/trump-owns-a-shrinking-republican-party/> (abgerufen am 08.10.2018); allerdings sorgt die derzeitige Gestaltung der Wahlverfahren für eine Benachteiligung der sozial schwachen Minderheiten, insbesondere in der Gruppe der afro-amerikanischen Wahlberechtigten, vgl. Carol Anderson, One Person, No Vote. How Voter Suppression is Destroying Our Democracy, o.O. 2018.

7 Zur demographischen Entwicklung und ihren politischen Konsequenzen, vgl. William H. Frey, Diversity Explosion. How New Racial Demographics are Remaking America, o.O. 2018.

8 Pew Research Center, The Generation Gap in American Politics, 1. März 2018, <http://www.people-press.org/wp-content/uploads/sites/4/2018/03/03-01-18-Generations-release.pdf> (abgerufen am 14.09.2018).

9 Dabei handelt es sich um Selbstbezeichnungen. Zudem gab es bei den Vorwahlen der Demokraten 25 sich als moderat bezeichnende Politiker und Politikerinnen und 96 „Sonstige“, vgl. <https://www.brookings.edu/blog/fixgov/2018/09/14/whats-happening-to-the-democratic-party/> (abgerufen am 19.09.2018).

10 Elaine Kamarck, Alexander R. Podkul, Nicholas W. Zeppos, Progressives versus the establishment: What's the score, and does it matter?, in: Brookings Institution Blog Fixgov, 12.07.2018, <https://www.brookings.edu/blog/fixgov/2018/07/12/progressives-versus-the-establishment-whats-the-score-and-does-it-matter/> (abgerufen am 08.10.2018).

11 Zur Rolle der ICE, der Diskussion bei den Demokraten und Trumps Reaktion, vgl. Alan Cassidy, Kampf der Demokraten gegen die Deportationspolizei, in: Süddeutsche Zeitung, 02.07.2018, <https://www.sueddeutsche.de/politik/us-zwischenwahlen-kampf-der-demokraten-gegen-die-deportationspolizei-1.4037033> (abgerufen am 12.09.2018).

12 Max Boot, Republicans Have Stockholm Syndrome, and It is Getting Worse, in: Foreign Policy, 19.10.2017, <https://foreignpolicy.com/2017/10/19/republicans-have-stockholm-syndrome-and-its-getting-worse/> (abgerufen am 30.09.2018).

13 Jeff Flake schrieb in seinem 2017 unter dem Titel „Conscience of a Conservative“ veröffentlichten Buch zum Agieren seiner Partei: „We pretended the emperor wasn't naked. Even worse: We checked our critical faculties at the door and pretended that the emperor was making sense“, zitiert nach Max Boot, a.a.O. (Anm. 11). Flake verzichtete auf eine erneute Kandidatur, weil er sich in der Vorwahlrunde keine Chancen gegen einen Trump-Getreuen ausgerechnet hatte.

14 Tatsächlich treten dieses Mal besonders viele republikanische Mandatsinhaber nicht mehr an. Vgl. Nathan L. Gonzales, House Retirement Tide is Coming, 05.09.2017, <https://www.rollcall.com/news/gonzales/house-retirement-tide-coming> (abgerufen am 14.09.2018).

15 Theda Skocpol, Vanessa Williams, The Tea Party and the Remaking of American Conservatism, Oxford 2012.

16 Für diese kultur-konservativen, illiberalen Kreise war Trump 2016 zwar kein Wunschkandidat. Seine Gegnerin Hillary Clinton galt ihnen aber geradezu als Inkarnation des Bösen.

17 Dies ist einerseits ein Identitätskonflikt, hat aber bekanntlich andererseits auch eine sehr materielle und sozio-ökonomische Komponente.

18 Vgl. Donald Trump (@realDonaldTrump) auf Twitter, 12.06.2018, 13:23 Uhr, <https://twitter.com/realdonaldtrump/status/1006630395067039744?lang=en> (abgerufen am 10.10.2018).

19 Vgl. Donald Trump (@realDonaldTrump) auf Twitter, 13.06.2018, 02:55 Uhr, <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/1006837459794251776> (abgerufen am 10.10.2018).

20 Brookings Institution, The Primaries Project: MIDTERMS 2018, <https://www.brookings.edu/series/the-primaries-project-midterms-2018/>, hier: Elaine Kamarck, Alexander R. Podkul, Is the Republican Party really Donald Trump's party?, in: Brookings Institution Blog Fixgov, 16.08.2018, <https://www.brookings.edu/blog/fixgov/2018/08/16/is-the-republican-party-really-donald-trumps-party/> (abgerufen am 14.09.2018).

21 Dan MacLaughlin, The Quiet Republican Check on Trump, in: The National Review, 02.06.2018, <https://www.nationalreview.com/corner/congress-checks-balances-donald-trump-family-separation/> (abgerufen am 14.09.2018).

22 James M. Goldgeier, Elizabeth N. Saunders, The Unconstrained Presidency: Checks and Balances Eroded Long Before Trump (zuerst veröffentlicht in Foreign Affairs, September/October 2018), in: Council Foreign on Foreign Relations, 14. August 2018, <https://www.cfr.org/article/unconstrained-presidency-checks-and-balances-eroded-long-trump> (abgerufen am 11.09.2018).

23 Im „Defending Elections“-Entwurf war ein Automatismus für Sanktionen vorgesehen, während in Trumps Dekret die Entscheidung über das Ob und Wie von Sanktionen beim Präsidenten verbleibt.

24 Zwar unterbreitete der republikanische Senator Jeff Flake im letzten Moment vor der Abstimmung im zuständigen Senatsausschuss noch einen Kompromissvorschlag, den er mit dem demokratischen Senator Chris Coons abgestimmt hatte. Dies ist aber kein Hoffnungszeichen für zwischenparteiliche Zusammenarbeit, sondern war als Ausnahme eine Überraschung für alle; vgl. Michael Shear, Nicholas Fandos, Michael S. Schmidt, A Tumultuous 24 Hours: How Jeff Flake Delayed a Vote on Kavanaugh, in: New York Times, 28.09.2018, <https://www.nytimes.com/2018/09/28/us/politics/jeff-flake-kavanaugh-confirmation.html> (abgerufen am 30.09.2018).

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
This work is licensed under a Creative Commons Attribution – NonCommercial – NoDerivatives 4.0 International License.

DGAP
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
German Council on Foreign Relations

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Rauchstraße 17 / 18 · 10787 Berlin
Tel. +49 (0)30 25 42 31 -0 / Fax -16
info@dgap.org · www.dgap.org

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.
ISSN 2198-5936

Redaktion Eva-Maria McCormack, Bettina Vestring
Layout / Satz Reiner Quirin
Designkonzept Carolyn Steinbeck · Gestaltung